

Deutsche Welle Interview zur deutschen Rüstungsexportpolitik gibt Aussagen verkürzt wieder

Vergangene Woche gab der Direktor des ISPK, Professor Dr. Joachim Krause, der Deutschen Welle ein Interview zur deutschen Rüstungsexportpolitik. Dieses floss ziemlich verkürzt in einen eher reißerischen Bericht über die Firma Sig Sauer ein

<https://www.dw.com/de/die-blutigen-geschäfte-des-waffenherstellers-sig-sauer-in-kolumbien/a-53877802>

Dadurch blieb der vollständige Text des Interviews ausgeblendet, welches sich in sehr viel umfassenderer Weise mit der deutschen Rüstungsexportpolitik auseinandersetzte. Aus diesem Grunde geben wir das vollständige Interview hier wieder.

Frage: Sie haben sich 2018 in einer Studie mit der Frage "Sind wir die Waffenkammer der Welt?" auseinandergesetzt. Was hat Sie angetrieben?

Antwort: Deutsche Rüstungsexportpolitik ist seit den Zeiten der sozialliberalen Koalition durchweg restriktiv gewesen und hat vor allem seit der Jahrtausendwende an Restriktivität zugenommen, auch wenn man über Einzelfälle immer streiten kann (vor allem was Saudi-Arabien betrifft). Ziel war es vor allem keine Waffen zu liefern, die Konflikte anheizen oder die Kriege auslösen können. Diese Ziele sind weitgehend eingehalten worden. Trotzdem gibt es eine permanente Kampagne gegen deutsche Rüstungsexporte, die mit zweifelhaften Angaben und aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlen arbeitet und die aus manchmal durchaus problematischen Einzelfällen Schlussfolgerungen ziehen, die die mangelnde Professionalität und politische Einseitigkeit derjenigen erkennen lassen, die diese Fehlmeldungen verbreiten. Es wird überwiegend ein verzerrtes und alarmistisches Bild deutscher Rüstungsexportpolitik vermittelt. Ich betrachte es als meine Aufgabe als Wissenschaftler Aufklärung zu betreiben angesichts einer Lage, in der falsche Informationen das öffentliche Bewusstsein stark prägen. Dies falsche Informationen kommen vor allem von regierungskritischen NGOs, linksextremen Organisationen, aus der Friedensforschung, aus den politischen Parteien (LINKE, Grüne und auch SPD) sowie immer wieder auch aus einzelnen Redaktionen und Redaktionsnetzwerken.

Frage: Zu welchem Ergebnis kommen Sie in Ihrer Arbeit?

Antwort: Ich gehe aus vom Stand der wissenschaftlichen Erforschung der derzeit laufenden kriegerischen Konflikte und der dort zum Einsatz kommenden Waffen sowie von Berichten von Expertengruppen der Vereinten Nationen über die Einhaltung von Waffenembargos oder von Waffenstillstandsabkommen. Übereinstimmende Erkenntnis dieser Analysen ist, dass diejenigen Waffen, die in bewaffneten Konflikten in Asien, Afrika oder Lateinamerika vorkommen, zumeist aus Beständen ehemaliger Ostblockstaaten (in Sonderheit Russland, aber auch Ukraine und Serbien) sowie Chinas stammen und dass der illegale private Handel eine große Rolle spielt. Ansonsten spielen die USA, Frankreich und der Iran eine wesentliche Rolle. Für eine auch nur annähernd bedeutende Rolle deutscher Kriegswaffenlieferungen für diese Konflikte gibt es keine Belege. Es gibt natürlich immer wieder einzelne strittige Fälle, wie die Belieferung der Peshmerga-Milizen durch die Bundesregierung, aber die sind nach ernsthafter Abwägung der Vor- und Nachteile erfolgt. Es finden sich auch manche Grenzfälle, aber es kann in keiner Weise davon die Rede sein, dass Deutschland die Waffenkammer der Welt ist.

Frage: Sie sagen darin, Deutschland spiele für die Versorgung in Konfliktherden wie zum Beispiel in Lateinamerika keine Rolle. Stehen Sie auch heute noch dazu? Warum?

Antwort: Zu dieser Aussage stehe ich, weil sich an der restriktiven Ausrichtung der deutschen Politik nichts geändert hat. Die deutsche Politik hat sich höchstens noch verschärft, als dass mittlerweile generell keine Kleinwaffen und leichte Waffen in sogenannte Drittstaaten geliefert werden. Zudem ist die deutsche Bundesregierung international führend bei Versuchen kleine und leichte Waffen in Konfliktregionen einzusammeln und diese zu verschrotten.

Frage: Wie passt es zusammen, dass dann die Staatsanwaltschaft Kiel gegen fünf Mitarbeiter des deutschen Waffenhersteller Sig Sauer ermittelt?

Antwort: Bei der Firma Sig Sauer geht es um mögliche Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz. Das ist keine Sache der Rüstungsexportpolitik, sondern ist Angelegenheit der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. Das Gleiche gilt für die Firma Heckler und Koch, die illegale Waffenexporte nach Mexiko betrieben hat.

Frage: Sie sagen, kein Land der Welt würde so an den Rüstungsexporten leiden wie das deutsche Volk. Muss man nicht leiden, wenn Menschen in anderen Teilen der Welt deswegen ihr Leben lassen?

Antwort: Wenn durch deutsche Waffen massenweise Menschen in anderen Teilen der Welt leiden müssen, könnte ich den Jammer verstehen. Aber dem ist nicht so. Wir sollten davon ausgehen, dass heute pro Jahr mehr Menschen an Unfällen mit exportierten deutschen PKWs und LKWs sterben als durch exportierte deutsche Waffen.